

Studentenschaft der THD

DIESES INFO BESCHÄFTIGT SICH MIT:

FEHLENDE GELDER FÜR HILFSASSISTENTEN - EINSTELLUNG DER ÜBUNGEN ??

WAHLEN : WAHLANFECHTUNG DER KONVENTSWAHLEN (EIN BERICHT) INITIATIVE ZUR VERTEIDIGUNG UNSERER WAHLEN UND DER DEMOKRATISCHEN RECHTE, UND ZUM ABSCHLUSS EINE KLEINE INFORMATION, DIE ERHELLET, WEM DIE BRIEFWAHL NÜTZT.

Auf mehreren Fachbereichsratssitzungen verschiedener Fachbereiche ist deutlich geworden, daß die bewilligten Gelder für Hilfsassistenten bei weitem nicht ausreichen, konkret bekannt ist uns das bis jetzt aus den Fachbereichen Physik und Mathematik.

Im Fachbereich Physik fehlen 35.000,-- DM (= 26,2 % des gesamten Hilfsassistenten-etats), im Fachbereich Mathematik sind es 25.000,-- DM !!

Würde man den eh schon nicht rühmlichen Übungsbetrieb in der bisherigen Form weiterführen hätte dies zur Konsequenz, daß im Fachbereich Physik der Übungsbetrieb ab November eingestellt werden müßte.

Das würde ein deutliches Zeichen setzen, und unserer Meinung nach auch für das nötige Geld sorgen.

Aber auch die gegenteilige Meinung wird vertreten und auch versucht umzusetzen. Diese Haltung läßt sich wie folgt charakterisieren : man versucht das „Beste“ daraus zu machen, d.h. man akzeptiert zwar verbal die Kürzung nicht, aber setzt sie durch „Notverordnungen“ durch.

Das zeigt sich deutlich in einem Antrag Prof. Hoscheks (FB 4), der folgendes aussagt : Von den Vorlesungen im Grundstudium werden von 5 Mitarbeitern 3 abgezogen, es bleiben zwei !! Weiter wird verlangt, in den Vorlesungen des 4. Semesters nur noch Hörsaalübungen, betreut durch die Mitarbeiter (zwei !!) anzubieten. Zum dritten soll bei gleichbleibender Belastung der verbleibenden Hilfsassistenten diese anstatt für 40 Stunden im Monat nur noch für 32 bezahlt werden.

Solche Anträge sind schlecht und grundfalsch! Sie lösen das Problem der fehlenden Mittel nicht. Sie schaden den Studenten, denn wir wissen Hörsaalübungen statt der normalen kleineren Übungsgruppen sind absolut nutzlos. Und letztlich sind solche Anträge Wasser auf die Mühlen derjenigen, die behaupten, die Hochschulen können ja, wenn sie nur wollen, mit weniger Geld auskommen.

Wir sind der Meinung, daß gegen diese erpresserische Politik des Staates, den Hochschulen einfach zu wenig Geld zu geben und sie dann sich selbst zu überlassen, solche Rum-trickereien wenig helfen. Hier müssen konkrete Aktionen gegen Kultusminister, Finanzminister angekurbelt werden, um die Qualität der Ausbildung an dieser Hochschule zu sichern!

Zu denken ist dabei an die Einstellung des Übungsbetriebs, an Demonstrationen und an Streik (und bitte hier mal nicht nur die Studenten !).

Wir fordern alle Fachbereiche auf, sich nicht durch „Notverordnungen“ um eine politische Lösung dieses Problems herumzudrücken!! Wir werden über die Semesterferien Aktionsvorschläge zu dieser Frage entwickeln.

WAHLEN WAHLEN

Auf der Sitzung des Wahlvorstandes, der sich mit der Anfechtung der Konvents- und Fachbereichsratswahlen beschäftigen mußte, konnten die anwesenden Studenten sich nicht des Eindrucks erwehren, daß dieser Wahlvorstand doch etwas voreingenommen der Sache gegenüberstand. Obwohl ihm die Unkorrektheiten der Wahl bekannt waren, hat er nicht von sich aus die Ordnungsmäßigkeit der Wahlen bezweifelt.

Argumentativ zog er sich aus der Schlinge, indem er behauptete, die Bestimmungen der Wahlordnung seien nicht verletzt worden, obwohl auch das nicht stimmt.

Zugegeben hat er allerdings, dass das gesamte Verfahren der Briefwahl nicht handhabbar ist, was sich daran zeigt, daß 600 - 800 Briefe nicht zugestellt wurden, die Betroffenen also gar nicht die Möglichkeit hatten Briefzuwählen, auch wenn sie es wollten, was ja auch von den Gegnern der generellen Briefwahl für bestimmte Fälle erlaubt bleiben soll.

Auf jeden Fall erklärte sich der Wahlvorstand bei dieser Anfechtung für nicht kompetent, vertagte aber seine Entscheidung auf Dienstag, den 17.7. (Uhrzeit und Ort werden noch bekanntgegeben)

Zu den Wahlen der Studentenschaft hat der AstA die Initiative ergriffen, um von allen an der TH vertretenen Gruppen (Profess., Assis, nichtwissenschaftl. Bedienstete) Unterstützung in dem Kampf um die politische Durchsetzung dieser Wahlen zu erhalten.

Die Auseinandersetzung um die Wahlen und die getätigten Eingriffe der Rechtsaufsicht zeigen, wie wichtig es ist, um unsere demokratischen Rechte und Freiheiten zu kämpfen, die sich auch darin ausdrücken, ob eine Gruppe selbst entscheiden kann, was mit ihrem Geld geschieht, welches Wahlverfahren sie für richtig hält.

Um diese Probleme grundlegend zu diskutieren, hat der AstA für Montag, den 16.7.79 ein Treffen organisiert, zu dem alle eingeladen sind, um über die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu diskutieren und um erste Schritte in die Wege zu leiten für eine Veranstaltung zu diesem Thema im Wintersemester.

Zu dem Komplex der Briefwahl gibt es aus Großbritannien eine interessante Information. Unter der Überschrift:

Kabinetts Thatcher will Gewerkschaften zügeln

Einflußbereich soll durch Gesetz begrenzt werden

lesen wir :

Von unserem Korrespondenten Dieter Stücker

LONDON, 10. Juli. Die konservative britische Regierung will ihr Wahlversprechen, den Einflußbereich der Gewerkschaften einzugrenzen, jetzt offenbar wahr machen. Arbeitsminister James Prior legte am Montagabend im Unterhaus entsprechende Vorschläge für Gesetzesänderungen vor, die nach seiner Ansicht zwar begrenzt, aber für die britische Wirtschaft lebensnotwendig seien. Während die Pläne vom Unternehmerdachverband ausdrücklich begrüßt wurden, lehnten Sprecher der Gewerkschaften sie als Angriff auf bestehende Rechte ausdrücklich ab.

(Frankfurter
Rundschau, 11.7.79)

... Verbunden mit dieser Veränderung der Rechtslage ist auch geplant, die gewerkschaftliche Immunität neu zu regeln. Zur Zeit können die britischen Gewerkschaften in keinem Fall vor einem Gericht wegen Vertragsbruchs verklagt werden. Die Regierung will nun durchsetzen, daß zwar, wie bisher üblich, auch in Zukunft Tarifabkommen vor Ablauf der vereinbarten Frist folgenlos aufgekündigt werden dürfen, daß aber andere Vertragsbrüche zu gerichtlichen Klagen führen können. Hierbei ist besonders an Blockaden und gewerkschaftliche Boykottaktionen gedacht.

... Die Regierung will zusätzlich allen Gewerkschaften, die für wesentliche interne Entscheidungen (Wahlen, Urabstimmungen) eine Abstimmung per Brief beschließen, die dabei entstehenden Post- und Verwaltungskosten ersetzen.

Die geplanten Neuregelungen, über die mit den Gewerkschaften in den nächsten Wochen intensiv diskutiert werden soll, sind nach Ansicht des Generalsekretärs des Gewerkschaftsdachverbandes TUC, Len Murray, ein

„Großangriff auf gewerkschaftliche Rechte“. Murray meinte, die Regierung habe aus den Ereignissen von 1971 und 1974 (damals waren die jeweiligen Regierungen am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert) offensichtlich nichts gelernt. ... //